



Deutsches
Forum
Sicherheitspolitik
dfs.bund.de

Exodus weltweit – was kann Deutschland zur Bekämpfung von Fluchtursachen beitragen?

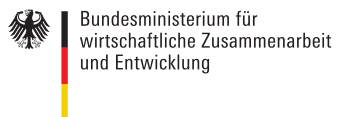
PROGRAMM



und weitere
Konferenzinformationen

28. und 29. September 2016

DIE PARTNER



DIE MARKE

„Strategische Vernetzung“ ist das zentrale Leitbild für die 2013 geschaffene Bildwortmarke des *Deutschen Forums Sicherheitspolitik*.

Die unterschiedlichen Stränge der Sicherheitspolitik erscheinen in der Bildmarke des Logos als eigenständige Bänder. Das Gesamtlogo aus Wort- und Bildmarke steht für den umfassenden, integrativen Ansatz von Sicherheitspolitik – für die Vernetzung ihrer vielen unterschiedlichen Aspekte.

Ein nationales Forum für die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland

Wie schaffen wir das – aber nicht nur in Deutschland? Die Frage, wie wir mit der Ankunft und Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge vor allem aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien, kurz: mit der „Flüchtlingskrise“ umgehen sollen, ist *das* beherrschende innenpolitische Thema in Deutschland. In der Tat ist die Bundesrepublik angesichts der hohen Zahl derer, die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, seit Monaten mit einer ganz besonderen Herausforderung konfrontiert.

Lautstarke Meinungen dieser deutschen Debatte übersehen jedoch oft, dass sich nur ein Bruchteil der weltweiten Fluchtbewegungen nach Europa zieht. Neun von zehn Flüchtlingen suchen Schutz in Entwicklungsländern, entweder im eigenen Land oder in benachbarten Staaten. Das ist an sich nicht neu. Aber die erschreckende Rekordzahl derer, die kurz- bis langfristig versorgt werden müssen, bereitet den Erstaufnahmeländern mittlerweile enorme Probleme und droht ganze Regionen zu destabilisieren. Laut den Vereinten Nationen befinden sich zurzeit weltweit rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Die Fluchtgründe sind vielschichtig: Krieg, Terrorismus oder politische Repression, aber auch Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung.

Das beispiellose Ausmaß, die vielfältigen Ursachen für Flucht und die Herausforderungen für die aufnehmenden Länder verdeutlichen: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist sowohl eine globale als auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Einzelne Politikfelder alleine können hier keine probaten Lösungen anbieten. Entwicklungs-, Außen-, Innen-, Sicherheits-, Klima- und Wirtschaftspolitik müssen vielmehr gemeinsam, aufeinander abgestimmt zusammenwirken. Im Sinne einer Vernetzung kommt dabei gerade der Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale Aufgabe zu: Sie soll durch unmittelbare und langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen zentrale Fluchtursachen bekämpfen und ihnen damit eine nachhaltige Perspektive zum Bleiben bieten – in einer sicheren, stabilen Heimat.

Die Leitfragen der Konferenz

Wie sehr lenkt die Binnenperspektive in der politischen Debatte um Flucht und Migration von der Suche nach Fluchtursachen ab? Welche konkreten Maßnahmen muss deutsche Entwicklungszusammenarbeit ergreifen, um präventiv Fluchtursachen zu bekämpfen? Was kann sie *nicht* leisten?

Was kann die Wirtschaftspolitik der führenden Exportnation Deutschland global zu einer nachhaltigen Entwicklungspolitik beitragen – ganz im Sinne eines vernetzten Ansatzes, auch um nicht-staatliche Akteure und private Unternehmen erweitert?

Wie steht das Außenressort zur Verschränkung zwischen kurzfristig wirkender humanitärer Hilfe und mittel- bis langfristig ausgerichteter Entwicklungszusammenarbeit?

Welches ist das richtige Verhältnis zwischen Fluchtursachenbekämpfung und Arbeiten an den Symptomen der Rückführungspolitik sowie Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel?



Bei den Wurzeln bleiben

Ob Umweltzerstörung, Misswirtschaft oder schlechte Regierungsführung – viele der Gründe, warum Menschen unter Zwang ihre Heimat verlassen, sind struktureller Natur. Gegen diese Ursachen setzt Entwicklungszusammenarbeit darauf, die „menschliche Sicherheit“ global zu verbessern. Aber noch nie waren die Aufgaben so gewaltig wie heute – die Zahl der Flüchtlinge ist der Indikator dafür.

MITTWOCH, 28. SEPTEMBER 2016

14:45 Uhr	<p>Begrüßung und Einführung Karl-Heinz Kamp Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik</p>
15:00 Uhr	<p>Ministerdialog Vernetztes Denken und Handeln: Wie können wir Fluchtursachen wirksam begegnen und Bleibeperspektiven schaffen? Gerd Müller Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Ursula von der Leyen Bundesministerin der Verteidigung Moderation: Karl-Heinz Kamp Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik</p>
16:00 Uhr	<p>Pause</p>
16:30 Uhr	<p>Podium 1 Die komplexe Welt der Fluchtursachen: Warum verlassen Menschen ihre Heimat? Susanne Baumann Chief of Staff, Crisis Action Franziska Brantner Vorsitzende des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln des Deutschen Bundestags Ruud Koopmans Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Florian Westphal Geschäftsführer von Ärzte ohne Grenzen Deutschland Moderation: Arnd Henze Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio</p>
18:00 Uhr	<p>Keynote mit Diskussion Markus Ederer Staatssekretär des Auswärtigen Amts</p>
18:45 Uhr	<p>Imbiss</p>

<p>Ministerdialog</p> <p>Vernetztes Denken und Handeln: Wie können wir Fluchtursachen wirksam begegnen und Bleibeperspektiven schaffen?</p>	<p>Die Münchner Sicherheitskonferenz 2014 gilt als Wendepunkt in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Dieses Forum nutzten vor zwei Jahren Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen gemeinsam, um eine aktivere Rolle Deutschlands auf der weltpolitischen Bühne anzukündigen und einzufordern – und zwar „früher, entschiedener und substanzieller“. Die Minsk-Initiative der Bundesregierung ist da nur ein erster Schritt, mit der wir diese Herausforderung annehmen.</p> <p>Mit ihrem Dialog zum Auftakt des <i>Deutschen Forum Sicherheitspolitik 2016</i> wenden Entwicklungsminister Müller und Verteidigungsministerin von der Leyen den gewachsenen Anspruch an Deutschlands Selbstverständnis auf einen weiteren Fall an: Was bedeutet vernetzte Sicherheit für die Lösung der gegenwärtigen globalen Flüchtlingskrise?</p> <p>Denn eine wertegeleitete deutsche Politik, die auch die Ziele des Weltzukunftsvertrags „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen ernst nimmt, muss sich verstärkt für die Minderung von Fluchtursachen und für die Schaffung von Bleibeperspektiven engagieren. Dabei geht es nicht zuletzt auch um eine effektive Verknüpfung verschiedener Politikfelder, von militärischen und zivilen Komponenten im Sinne vernetzten Denken und Handelns, im Sinne einer „vernetzten Entwicklung“.</p>
<p>Podium 1</p> <p>Die komplexe Welt der Fluchtursachen: Warum verlassen Menschen ihre Heimat?</p>	<p>Gerade die Vielzahl und Komplexität der Fluchtursachen machen ihre genauere Einordnung notwendig. Klimatische Veränderungen, Menschenrechtsverletzungen, Kriege und Krisen schaffen schon seit langem in vielen Regionen der Erde eine Gemengelage, die vielerorts dazu führt, dass Menschen sich dazu gezwungen sehen ihre Heimat zu verlassen. In einer immer enger vernetzten Welt führt dies zu Fluchtbewegungen, die sich über mehrere Kontinente erstrecken können und teilweise in dauerhafter Migration enden. Auch die europäischen Staaten sind damit konfrontiert, Lösungen für Flucht- und Migrationsgründe zu finden, die teils über tausende von Kilometern von Europa entfernt liegen – obwohl nur ein Bruchteil der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, in Europa ankommen.</p> <p>Zugleich steht uns eine weitere Zunahme solcher Probleme noch bevor: Der Klimawandel als Fluchtursache wird sich in den kommenden Jahrzehnten noch verschärfen. Er wird seinerseits neue Konflikte anstoßen, wie beispielsweise um die Verteilung der Ressource Wasser.</p> <p>Welche Ursachen befördern Fluchtbewegungen? Wie können Staat und Zivilgesellschaft ihnen wirksam begegnen? Welchen spezifischen Beitrag kann die Entwicklungspolitik dabei leisten? Wie können wir, neben dem Klimawandel, zukünftige Fluchtursachen besser einschätzen?</p> <p>Wo überschneiden sich die Gründe für Flucht und Migration? Welche politischen oder wirtschaftlichen Mittel können Migration und deren Ursachen beeinflussen?</p>

MITTWOCH, 28. SEPTEMBER 2016

19:30 Uhr

Night Owl Session

**Auswirkungen des „Zustroms“ von Flüchtlingen:
Wie sieht Deutschland in 15 Jahren aus?**

Hatice Akyün

Journalistin und Schriftstellerin

Heinz Buschkowsky

Ehemaliger Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln

Lamyia Kaddor

Islamwissenschaftlerin und Publizistin

Jens Spahn

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Ali Ertan Toprak

Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland

Moderation: Karl-Heinz Kamp

Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

21:00 Uhr

Ende des ersten Konferenztages

Night Owl Session

Auswirkungen des
„Zustroms“ von
Flüchtlingen: Wie
sieht Deutschland
in 15 Jahren aus?

Zuwanderung, ob durch Flucht oder Migration, verändert Gesellschaften. Gerade ein Land wie Deutschland, das in der europäischen „Flüchtlingskrise“ eine wichtige Rolle einnimmt, wird auch dadurch nachhaltig geprägt. Für die Einschätzung der tatsächlichen Veränderung aber gibt es ein breites Spektrum an Meinungen: Während Optimisten die Vorteile für Arbeitsmarkt, demografische Entwicklung und kulturelle Bereicherung durch neue Einflüsse in Deutschland betonen, wittern Propheten des Untergangs den Verfall staatlicher Ordnung und die Erosion des „christlichen Abendlandes“ – eine emotionale Aufladung des Themas, die Populisten missbrauchen. Kurz gesagt: Das gesellschaftspolitische Pendel schwingt stark zwischen Solidarität, Überforderung und Panikmache.

Wie werden die „Neuankömmlinge“ Gesicht und innere Verfasstheit der deutschen Gesellschaft in den nächsten 15 Jahren, und darüber hinaus, verändern? Welchen Einfluss haben Religion und Kultur auf die Integration der Menschen? In welchem Verhältnis stehen Demografie und Migration zueinander?

Welche Erfahrungen konnte Deutschland bisher sammeln? Welche Lehren für die Zukunft können wir daraus ziehen?



Öffentliche Sicherheit oder Partymeile?

Hat „Multi-Kulti“ wirklich ausgedient? In den 1990er Jahren stand der Begriff noch für erfolgreiche Integration, unter anderem den Berliner „Karneval der Kulturen“ haben wir diesem Zeitgefühl zu verdanken. Migration ist aber spätestens mit dem globalen islamistischen Terror zu einem Problem der Sicherheit in Deutschlands Städten geworden.

DONNERSTAG, 29. SEPTEMBER 2016

09:00 Uhr	<p>Podium 2</p> <p>Verantwortung in der Flüchtlingskrise: Deutsche und europäische versus islamische Solidarität?</p> <p>Rania Al Jazairi First Social Affairs Officer der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) der VN, Center for Women, Beirut</p> <p>Martin Dutzmann Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Kenan Engin Projektleiter des Bonner Instituts für Migrationsforschung und interkulturelles Lernen</p> <p>Bassel Kaghadou Programmdirektor in der „National Agenda for the Future of Syria“ der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) der VN, Beirut</p> <p>Moderation: Thomas Wrießnig Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik</p>
10:30 Uhr	<p>Keynote mit Diskussion</p> <p>Ole Schröder Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern</p>
11:15 Uhr	<p>Pause</p>
11:30 Uhr	<p>Podium 3</p> <p>Migration als „Glücksfall“ für den deutschen Arbeitsmarkt oder unternehmerische Verantwortung für die Schaffung von Bleibeperspektiven in den Herkunftsländern?</p> <p>Elke Löbel Unterabteilungsleiterin Flucht und Migration im Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit</p> <p>Stefan Mair Mitglied der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband der Deutschen Industrie</p> <p>Jochen Oltmer Professor für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück</p> <p>Eva Maria Welskop-Deffaa Mitglied im ver.di-Bundesvorstand</p> <p>Moderation: Matthias Deiß Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio</p>
13:00 Uhr	<p>Imbiss</p>

Podium 2	<p>Verantwortung in der Flüchtlingskrise: Deutsche und europäische versus islamische Solidarität?</p> <p>Die andauernden Fluchtbewegungen sind eine enorme Herausforderung für Staaten und supranationale Akteure. Eine gemeinsame Lösung dieses Problems steht auf allen politischen Ebenen Europas offen in Frage – egal, ob deutsches Bundesland oder EU-Mitgliedstaat. Während Fachleute für ein ganzheitliches Vorgehen zur Lösung der Flüchtlingskrise plädieren, sind politisch Verantwortliche wachsender Kritik in In- und Ausland ausgesetzt. Partikularinteressen und Kontroversen in Deutschland und innerhalb der Europäischen Union sowie eine in Teilen anti-europäische Öffentlichkeit stellen die europäische Wertegemeinschaft und den inneren Zusammenhalt der EU auf eine zunehmend harte Probe. Wer kann eine gemeinsame europäische Lösung wie ausgestalten?</p> <p>Die Diskussion um den Flüchtlingspakt mit der Türkei etwa verdeutlicht zugleich, dass die Rolle regionaler Akteure mehr und mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rückt. Konkret stellen sich Fragen wie: Sind Flüchtlinge zum Spielball macht- und sicherheitspolitischer Interessen geworden? Welche Rolle spielen beispielsweise die regionalen Akteure im Nahen Osten, welche Verantwortung können und sollten sie übernehmen? Welche inneren und äußeren Gegensätze der westlichen und der islamisch geprägten Welt müssen die politisch Verantwortlichen überwinden? Welches Maß an Solidarität in Europa, aber auch im Nahen Osten wäre zur Bewältigung der Flüchtlingskrise anzustreben? Inwieweit tragen wir dieser Verantwortung gegenwärtig Rechnung?</p>
Podium 3	<p>Migration als „Glücksfall“ für den deutschen Arbeitsmarkt oder unternehmerische Verantwortung für die Schaffung von Bleibeperspektiven in den Herkunftsländern?</p> <p>Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme, vor allem von Menschen aus Krisen- und Kriegsregionen, zu verhindern, ist eine prominente populistische Wahlkampforderung. Die jüngste politische Entwicklung in Deutschland zeigt: Die Flüchtlingskrise nicht nur als gesellschaftliches Problem, sondern als kaum tragbaren Sozialkostenfaktor wahrzunehmen, droht nun auch in der Mitte der Gesellschaft anzukommen. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zunehmend kritisch.</p> <p>Verlieren wir die Chancen der Zuwanderung aus dem Blick? Wie kann die vom Fachkräftemangel betroffene deutsche Wirtschaft von ihr profitieren? Welche Konzepte gibt es für Integration durch Beschäftigung? Oder sorgt die Aufnahme von Flüchtlingen in Hinblick auf den europäischen Arbeitsmarkt für Konkurrenz?</p> <p>Auch muss sich die internationale Gemeinschaft noch stärker engagieren, um in den Herkunftsländern Bleibeperspektiven zu schaffen. Die meisten Menschen verlassen nur dann ihre Heimat, wenn sie dort keine Zukunft mehr für sich sehen. Entwicklungspolitik soll Fluchtursachen bekämpfen und so zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort beitragen. Daneben aber gibt es andere, die Verantwortung übernehmen können: die Privatwirtschaft.</p> <p>Welche Aufgaben können deutsche Unternehmen bei der Schaffung von Bleibeperspektiven übernehmen? Welche Chancen sind damit für die deutsche Wirtschaft verbunden?</p>

DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2016

- 14:00 Uhr **Podium 4**
**Ertüchtigung und Krisenprävention 2.0:
Sicherheitspolitische Herausforderungen in den nächsten fünf Jahren**
Agnieszka Brugger
Obfrau der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags
Heinz-Gerhard Justenhoven
Leitender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden
Rüdiger König
Abteilungsleiter Krisenprävention, Stabilisierung,
Konfliktnachsorge und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt
Michael Niemeier
Referatsleiter Grundsatzfragen internationaler Angelegenheiten im
Bundesministerium des Innern
Generalleutnant Dieter Warnecke
Abteilungsleiter Strategie und Einsatz im Bundesministerium
der Verteidigung
Moderation: Wulf Schmiese
Zweites Deutsches Fernsehen
- 15:30 Uhr **Zusammenfassung und Schlusswort**
Roderich Kiesewetter, MdB
Stellvertretender Sprecher des Beirats der Bundesakademie für Sicherheits-
politik und Obmann der CDU/CSU-Fraktion
im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags
- 15:45 Uhr Ende des zweiten Konferenztages und der Konferenz

Podium 4

Ertüchtigung und
Krisenprävention
2.0: Sicherheits-
politische Heraus-
forderungen in
den nächsten fünf
Jahren

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland sind in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Nicht zuletzt deshalb hat die Bundesregierung mit ihrem Weißbuch 2016 eine weit umfassende Standortbestimmung vorgenommen und Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik teils fortgeschrieben, teils jedoch auch neu definiert.

Parallel zu seinen „traditionellen“ militärisch-politischen Richtungsbestimmungen bereitet das Weißbuch zugleich Weichenstellungen in der Entwicklungszusammenarbeit, der Außen- und der Innenpolitik vor, die fortgreifende Initiativen umsetzen sollen – darunter die „Ertüchtigungsinitiative“ der Bundesregierung, das Konzept für zivile Verteidigung des Bundesinnenministeriums oder der Entwicklungspolitische Bericht des Entwicklungsministeriums.

Welche Erfahrungen aus verschiedenen deutschen Auslandseinsätzen und Maßnahmen zur Krisenprävention der letzten Jahre oder dem dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen weltweit sind in die neuen sicherheitspolitischen Ansätze der Bundesregierung eingegangen? Was bedeuten diese neuen Ansätze im Einzelnen, wie gut ist das vernetzte Vorgehen in ihnen ausgeprägt? Und wie werden sich diese Vorhaben in den kommenden Jahren entwickeln?

**Hatice
Akyün**

ist Journalistin und Schriftstellerin. Sie begann ihre Karriere mit einem Volontariat bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung in Duisburg und arbeitete danach als Gesellschaftsreporterin für das Magazin Max. Seit 2003 schreibt sie als freie Journalistin unter anderem für den Spiegel, Emma, taz und den Tagesspiegel. Im Tagesspiegel erschien von 2011 bis 2014 ihre wöchentliche Kolumne „Meine Heimat“. 2013 erschien ihr drittes Buch „Ich küsst dich, Kismet – eine Deutsche am Bosphorus“.

**Rania
Al Jazairi**

ist seit 2004 First Social Affairs Officer der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) der VN in Beirut. Zuvor beschäftigte sie sich mit Wiederaufbauprojekten in der Post-Konflikt-Region Südlibanon. Ihre Themenschwerpunkte sind Menschenrechte, Friedenskonsolidierung und Genderfragen. Al Jazairi war unter anderem 2014 Visiting Fellow an der Yale University, wo sie zu Flucht und Übergangsjustiz forschte.

**Susanne
Baumann**

ist seit 2013 Chief of Staff der zivilgesellschaftlichen Organisation „Crisis Action“. Die Volljuristin arbeitete als Menschenrechtlerin unter anderem in Mittel- und Südamerika und war von 2001 bis 2007 für Amnesty International im Bereich Public Affairs tätig. Danach bis 2012 war sie zunächst „Germany Director“ von Crisis Action. Die 2004 in Großbritannien gegründete Gruppe, hat das Ziel, Zivilisten vor bewaffneten Konflikten zu schützen.

**Dr. Franziska
Brantner, MdB**

ist seit 2013 Bundestagsmitglied für den Wahlkreis Heidelberg und Fraktionssprecherin der Bündnis 90/Die Grünen für Kinder- und Familienpolitik; seit 2014 zudem Vorsitzende des Unterausschusses für Zivile Krisenpräventionen, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln. Sie studierte Politikwissenschaft und wurde 2010 promoviert. 1996 trat sie Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg bei. 2006 bis 2007 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im European Studies Centre in Oxford, danach Beraterin der UN-Frauenrechtsorganisation UNIFEM. Von 2009 bis 2013 war sie für die Fraktion Grüne/EFA Mitglied des Europäischen Parlaments.

**Heinz
Buschkowsky**

war von 1991 bis 1992 und von 2001 bis 2015 Bezirksbürgermeister des Bezirks Neukölln in Berlin. Der Diplom-Verwaltungswirt begann seine politische Karriere 1979 als Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln für die SPD. Ab 1989 war er zunächst schon Finanzstadtrat seines Bezirks. Als Sachbuchautor veröffentlichte er 2012 „Neukölln ist überall“, 2014 „Die andere Gesellschaft“.

**Agnieszka
Brugger, MdB**

ist seit 2009 Mitglied des Bundestags und dort unter anderem Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Sicherheitspolitik und Abrüstung sowie deren Obfrau im Verteidigungsausschuss und im Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“. Sie begann 2004 ein Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und des Öffentlichen Rechts, ist aber seither auch politisch aktiv. Sie war unter anderem von 2007 bis 2009 Landesvorsitzende der Grünen Jugend Baden-Württemberg. Seit 2015 ist sie zudem Mitglied im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

**Matthias
Deiß**

ist als Fernsehjournalist seit 2012 Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio. Er absolvierte ein Diplomstudium der Kommunikations- und Politikwissenschaft und anschließend ein Volontariat an der Deutschen Journalistenschule in München. Von 1999 bis 2003 war er Moderationsredakteur der ARD-„Tagesthemen“ und bis 2007 Fernsehkorrespondent im Hauptstadtstudio Deutsche Welle TV. Seine Themenschwerpunkte sind Inneres und Extremismus, Terrorismus und Geheimdienste. Als Autor veröffentlichte er gemeinsam mit dem ARD-Kollegen Jo Goll 2011 das Buch „Ehrenmord – ein deutsches Schicksal“. Deiß wurde bereits mehrfach für seine Arbeit ausgezeichnet, unter anderem 2013 von CNN als „Journalist of the Year“.

**Prälat Dr. Martin
Dutzmann**

ist seit 2013 Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Er studierte Evangelische Theologie in Marburg, Straßburg und Bonn von 1976 bis 1982. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Bonn, wo er auch 1990 in Praktischer Theologie promoviert wurde. Von 1987 bis 2005 war er Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Lennep, 1995 bis 2005 auch Superintendent des Kirchenkreises Lennep. Anschließend war er bis 2013 Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche und im Nebenamt von 2008 bis 2014 Evangelischer Militärbischof.

**Dr. Markus
Ederer**

ist seit 2014 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Er trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften, Internationalen Beziehungen, Politikwissenschaften sowie Südostasienkunde in Passau und Genf 1988 in den Auswärtigen Dienst ein. In unterschiedlichen Funktionen war er unter anderem in Ottawa und Moskau tätig. Von 1998 bis 1999 war er Stellvertretender Sprecher des Auswärtigen Amtes. Anschließend arbeitete er bis 2002 als Kabinettschef des Sonderkoordinators für den Stabilitätspakt Südosteuropa in Brüssel, danach bis 2005 als Unterabteilungsleiter im Bundesnachrichtendienst. Zuletzt war er von 2011 bis 2013 Botschafter der Europäischen Union in der Volksrepublik China und in der Mongolei.

**Dr. Kenan
Engin**

ist seit 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen. Er wurde 2013 in Heidelberg im Fachbereich Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Nahen Osten promoviert. Der Politikwissenschaftler lehrte von 2009 bis 2015 unter anderem an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, an der Fachhochschule Mainz und an der Polytechnischen Universität Tomsk in Russland.

**Arnd
Henze**

arbeitet seit 2012 als Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio, unter anderem mit den Fachgebieten Äußeres, Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung. Vor einem Studium der Theologie und der Internationalen Politik arbeitete er bereits als Jugendlicher als Reporter. Für den WDR ist er seit 1992 tätig und war dort vor dem Wechsel nach Berlin zuletzt stellvertretender Leiter in der Fernseh-Programmgruppe Europa und Ausland. >

**Dr. Heinz-Gerhard
Justenhoven**

ist seit 1995 Leitender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Hamburg und seit 2010 Stiftungsvorstand der Katholischen Friedensstiftung. Zudem ist er seit 2010 außerplanmäßiger Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. In Frankfurt am Main und Milwaukee studierte Justenhoven Theologie und Philosophie. Er promovierte 1990 über die Friedensethik des Francisco de Vitoria und wurde 2006 im Fach Moralthologie an der Universität Freiburg habilitiert. Ferner war er Gastdozent an der Catholic Theological Union in Chicago und am Hekima College in Nairobi.

**Lamya
Kaddor**

ist islamische Religionspädagogin, Islamwissenschaftlerin und Autorin. Nach dem Studium arbeitete sie von 2004 bis 2007 als Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Religion des Islam an der Universität Münster. 2007 war sie Sprecherin des ZDF-Formats „Forum am Freitag“, das muslimische Pendant zu „Das Wort am Sonntag“. Von 2010 bis 2016 war sie Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes. 2011 veröffentlichte sie die Monographie „Muslimisch, weiblich, deutsch. Mein Weg zu einem zeitgemäßen Islam“; im September erschien ihr neuestes Buch „Die Zerreißprobe. Wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht“.

**Bassel
Kaghadou**

ist seit 2012 Programmdirektor in der „National Agenda for the Future of Syria“ der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) der VN in Beirut. Er studierte 1982 bis 1986 in Rostow Medizin sowie anschließend bis 1989 in Damaskus und Paris Französische Literatur. Anschließend arbeitete er für unterschiedliche Organisationen, darunter auch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, mit dem Schwerpunkt Syrien.

**Dr. Karl-Heinz
Kamp**

wurde im Oktober 2015 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Er studierte Geschichte und Sozialwissenschaften in Bonn, an der Universität der Bundeswehr in Hamburg wurde er 1992 promoviert. Nach einem Forschungsaufenthalt an der Harvard University wurde er 1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, danach Abteilungsleiter und, nach anderen Stationen, 2003 Koordinator Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 2007 bis 2013 war Kamp Forschungsdirektor des NATO Defense College in Rom; in dieser Zeit war er Berater in der „NATO Group of Experts on the New Strategic Concept“, berufen durch deren Vorsitzende Madeleine Albright. 2005 bis 2013 war er Mitglied im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, deren Direktor Weiterentwicklung er seither war.

**Roderich
Kiesewetter, MdB**

ist seit 2012 Stellvertretender Sprecher des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und seit 2009 Bundestagsabgeordneter für die CDU Baden-Württemberg. Er ist Obmann seiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Er war zuvor Berufssoldat, hat an der Universität der Bundeswehr München Wirtschaftswissenschaften studiert und wurde zuletzt als Oberst i.G. im NATO-Hauptquartier SHAPE verwendet. Von 2011 bis 2016 war er zudem Präsident des Reservistenverbands der Bundeswehr.

**Rüdiger
König**

ist seit 2015 Abteilungsleiter „Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnach-sorge und Humanitäre Hilfe“ im Auswärtigen Amt. Er studierte 1978 bis 1985 Politikwissenschaften, Staats- und Völkerrecht sowie Soziologie in Bonn. 1986 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Zu seinen Auslandsstationen gehörte die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei den VN. Für Bundespräsident Johannes Rau war er 2002 bis 2004 Leiter des Persönlichen Büros, anschließend bis 2006 dessen privaten Büros. Danach war er bis 2008 Abteilungsleiter der deutschen NATO-Vertretung und bis 2010 Sonderstabsleiter Afghanistan-Pakistan im Auswärtigen Amt. Bis 2013 war er deutscher Botschafter in Kabul. Zurück in Berlin war er erst VN-, dann Krisenbeauftragter.

**Prof. Dr. Ruud
Koopmans**

wurde 2013 Professor für Migrationsforschung an der Humboldt Universität zu Berlin und forscht zur Integrations- und Assimilationsbereitschaft von Migranten. Seit 2007 ist er bereits Direktor der Forschungsabteilung Migration, Integration und Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. An der Universität Amsterdam wurde der Politologe 1992 mit dem Dissertationsthema „Democracy from Below. New Social Movements and the Political System in West Germany“ promoviert.

**Dr. Ursula
von der Leyen, MdB**

ist seit 2013 Bundesministerin der Verteidigung. Sie studierte von 1977 bis 1980 Volkswirtschaft in Münster und wechselte den Studiengang 1980 zur Medizin. 1991 beendete sie ihr Studium mit einer Promotion in Hannover. Sie trat 1990 in die CDU ein und bekleidete von 2001 bis 2004 kommunalpolitische Mandate in der Region Hannover. 2003 bis 2005 war sie Mitglied im Niedersächsischen Landtag sowie Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit. Anschließend bis 2009 war sie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, danach von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Seit 2004 ist sie Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschland und seit 2009 Mitglied des Bundestags.

**Dr. Elke
Löbel**

ist kommissarische Leiterin der Unterabteilung Flucht und Migration, Krisenprävention und -bewältigung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Sie hat unter anderem Wirtschaftsgeographie in Aachen studiert und wurde 1992 in Bolivien zum Thema Bergbau promoviert. 2000 bis 2006 war sie Geschäftsführerin des „Exposure- und Dialogprogramms Bonn“, anschließend kam sie ins als Referentin direkt ins Entwicklungsministerium. 2011 bis 2015 leitete sie dort das Nahostreferat. 2015 wechselte sie in den Posten der Beauftragten für Flüchtlingspolitik des BMZ.

**Dr. Stefan
Mair**

ist seit 2010 Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Er studierte Politologie, Soziologie und Volkswirtschaft in München. Nach seiner Promotion 1992 war er bei der Stiftung Wissenschaft und Politik Afrikareferent und ab 1997 Forschungsgruppenleiter. Von 2002 bis 2010 war er Teil der Institutsleitung der Stiftung. 2010 wechselte er zum BDI.

**Dr. Gerd
Müller, MdB**

ist seit 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der promovierte Diplom-Wirtschaftspädagoge war bereits von 1989 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Dort war er Mitglied im Agrarausschuss und Mitglied in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU. Seit 1994 ist er als Abgeordneter des Wahlkreises Kempten, Oberallgäu und Lindau Mitglied des Deutschen Bundestages. Bis 2005 war er sowohl Sprecher der CSU-Landesgruppe als auch Mitglied im Europa-, Außen- und Verteidigungspolitischen Ausschuss. Anschließend war er bis 2013 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

**Michael
Niemeier**

ist seit 2016 Referatsleiter im Bundesministerium des Innern und Beauftragter für Nordafrika. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften in Mannheim studierte er bis 1988 am Spracheninstitut der Universität Tours. 1991 trat er in das Bundesinnenministerium ein. Nach Stationen in verschiedenen Abteilungen arbeitete er bis 2000 als Referent für Europarecht. Von 2000 bis 2002 war er Fraktionsreferent im Deutschen Bundestag, danach übernahm er die Leitung des Referats Europäische Polizeiliche Zusammenarbeit im Ministerium. Nachdem er von 2007 bis 2008 Berater im Kabinett der französischen Innenministerin Alliot-Marie gewesen war, war er von 2009 bis 2016 Direktor beim Bundeskriminalamt in Berlin.

**Prof. Dr. Jochen
Oltmer**

ist Professor für Neueste Geschichte der Migration am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück. 2001 habilitierte der Historiker und Politologe im Fachbereich der Neueren und Neusten Geschichte ebenfalls in Osnabrück. Danach war er unter anderem als Lehrender im Graduiertenkolleg „Migration im modernen Europa“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft tätig. Im August erschien seine neueste Arbeit: „Ein Blick in die deutsche Geschichte: Vom Ein- und Auswandern“.

**Dr. Wulf
Schmiese**

ist seit 2014 politischer Korrespondent im ZDF-Hauptstadtstudio. In Münster und Berlin studierte er Geschichte, Politologie und Nordamerikanistik, in Hamburg lernte er an der Henri-Nannen-Schule, zugleich wurde er 1998 an der FU Berlin promoviert. Er arbeitete zunächst unter anderem bei der „Welt“ und der „FAZ“ und wechselte dann zum Fernsehen: Von 2010 bis 2014 moderierte er das ZDF-Morgenmagazin.

**Dr. Ole
Schröder**

ist seit 2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Er studierte von 1992 bis 2001 Rechtswissenschaften in Hamburg und Stellenbosch. Anschließend arbeitete er bis 2009 als Rechtsanwalt. Er ist seit 1989 Mitglied der CDU und engagierte sich zunächst in der Jungen Union. Seit 2002 ist er Mitglied im Landesvorstand der CDU Schleswig-Holstein und Mitglied des Bundestags für den Wahlkreis Pinneberg. 2005 wurde er stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein, 2007 ihr Vorsitzender.

**Jens
Spahn, MdB**

ist seit 2015 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Er schloss eine Ausbildung zum Bankkaufmann ab und studierte neben seiner folgenden Tätigkeit als Abgeordneter Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen. 2002 wurde er Mitglied des Bundestags für die CDU Nordrhein-Westfalen, 2005 stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Gesundheit“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Obmann seiner Fraktion im Ausschuss für Gesundheit.

**Ali Ertan
Toprak**

wurde 2016 als „Vertreter der Migranten“ Mitglied im ZDF-Fernsehrat. Er studierte Rechtswissenschaften in Münster und Sozialwissenschaften in Duisburg-Essen. Von 1998 bis 2000 arbeitete Toprak als persönlicher Referent von Cem Özdemir im Bundestag, bis Ende 2009 war er Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat von Recklinghausen. Er ist seit 2013 Bundesvorsitzender der „Kurdischen Gemeinde in Deutschland“. Seit 2015 ist er zugleich Präsident der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland“.

**Generalleutnant
Dieter Warnecke**

ist seit 2015 Abteilungsleiter Strategie und Einsatz im Bundesministerium der Verteidigung. Er trat 1976 in die Bundeswehr ein und studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaften in Hamburg. Er durchlief in der Bundeswehr verschiedene Posten, darunter 2005 bis 2008 als Kommandeur der Luftlandebrigade 31 in Oldenburg. Von 1998 bis 2003 hatte er bereits in verschiedenen Positionen im Verteidigungsministerium gedient. Nach einer weiteren Verwendung dort wurde er 2011 Chef des Stabes beim Deutsch-Niederländischen Korps in Münster. 2012 wechselte er wieder ins Ministerium zunächst als Abteilungsleiter Einsatz, Kommando Streitkräftebasis.

**Eva Maria
Welskop-Deffaa**

wurde 2013 Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, wo sie unter anderem für die Bereiche Sozialpolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie Migrantinnen und Migranten zuständig ist. Die Diplom-Volkswirtin arbeitete von 1989 bis 1992 als freiberufliche Journalistin und Redenschreiberin. Von 1999 bis 2006 war sie Leiterin des Referates „Wirtschaft und Gesellschaft“ im Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Von 2006 bis 2012 war Welskop-Deffaa Ministerialdirektorin im Bundesfamilienministerium und Abteilungsleiterin für Gleichstellung und Chancengleichheit.

**Florian
Westphal**

ist seit 2014 Geschäftsführer von Ärzte ohne Grenzen Deutschland. Nach seinem Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in London und seinem Master in International Policy in Bristol arbeitete er zunächst als Hörfunkjournalist für internationale Medien. 1999 wechselte er zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, für das er zunächst unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo, in Sierra Leone und Nairobi tätig war, bevor er Pressesprecher für die Organisation in Genf wurde. Ab 2010 war er dort stellvertretender Direktor der Abteilung für Kommunikation und Informationsmanagement. >

**Thomas
Wrießnig**

ist seit Oktober 2015 Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. In Würzburg, Genf und Regensburg studierte er bis zu seinem Zweiten Staatsexamen 1983 Rechtswissenschaften. 1985 trat er in den Auswärtigen Dienst, wo er zunächst im Referat für Antarktispolitik und Seerecht arbeitete, später dann im Referat für Westeuropapolitik und in der Folge im Ostasienreferat. Seine diplomatischen Auslandsstationen zwischen 1989 und 2006 waren Seoul, Moskau und Washington, D.C. 2006 wurde er Referatsleiter Südasien, 2007 Referatsleiter Ostasien im Auswärtigen Amt. Ab 2009 war er Gesandter und Leiter der Wirtschaftsabteilung in der Deutschen Botschaft in Paris. 2012 bis 2015 schließlich war er Botschafter und Ständiger Vertreter Deutschlands bei den VN-Organisationen in Rom.



Geißel der Menschheit – allein die fünf Jahre Blutvergießen in Syrien demonstrieren auf tragische Weise, wie die Völkergemeinschaft die Fluchtursache Krieg immer noch nicht überwunden hat. Hier steht ein Mann 2012 in den Trümmern seines Hauses in Azaz, nordwestlich vom heftig umkämpften Aleppo.

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik

ist ein Ort des strategischen Denkens und sicherheitspolitischen Lernens. Charakteristisch für ihre Arbeit sind der interdisziplinäre Ansatz und die praxisorientierte Ausrichtung. In diesem Sinne fördert die Bundesakademie das gemeinsame Verständnis über nationale und internationale Sicherheitspolitik – bei Beamten, Soldaten, Managern, Wissenschaftlern, Journalisten, gesellschaftlichen Akteuren und ausländischen Experten sowie einer breiteren Öffentlichkeit.

Die Aufgaben der Akademie gliedern sich in drei Bereiche: Lehre, Fachtagungen und öffentlicher Diskurs. Die Seminare der Bundesakademie sind auf die Weiterbildung von Spitzenbeamten aus Bund und Ländern sowie Führungskräften aus Wirtschaft, Gesellschaftsorganisationen und Partnerstaaten ausgerichtet. Auf Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene zielen die Fachveranstaltungen hin; diese bieten Entscheidungsträgern und Experten in einer komplexer gewordenen Welt die Gelegenheit, sich vertraulich untereinander über Prozesse, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen in der vernetzten Sicherheitspolitik auszutauschen. Auch die Öffentlichkeit soll stärker in die Debatte einbezogen werden: Die Bundesakademie wird deshalb sicherheitspolitische Fragenstellungen breiter diskutieren.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ist innerhalb der Bundesregierung für die deutsche Entwicklungspolitik zuständig. Aufgabe des BMZ ist es, die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik festzulegen, die Zusammenarbeit mit den etwa 80 Partnerländern weltweit abzustimmen und die Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene zu gestalten.

Die von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet den internationalen Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik. Das BMZ legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Schaffung von Perspektiven in den Herkunftsländern von Flüchtlingen. Wichtige Themen sind zudem die weltweite Ernährungssicherung, nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz.

Das Ministerium hat seinen Dienstsitz in Bonn und Berlin und ist zudem durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den deutschen Botschaften in den Partnerländern sowie bei den internationalen Organisationen vertreten. Das BMZ beauftragt mit der Umsetzung seiner Vorhaben unter anderem die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Engagement Global.

Kooperationspartner



Bundesakademie
für Sicherheitspolitik



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Veranstalter

Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Ossietzkystraße 44/45
13187 Berlin

in Kooperation mit

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Tagungsort

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Stresemannstraße 94
10963 Berlin



Deutsches
Forum
Sicherheitspolitik
dfs.bund.de

HERAUSGEBER

Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Ossietzkystraße 44/45
13187 Berlin

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Verantwortliche für den Inhalt
Wolfgang Nieter, Dr. Martin Schuldes

Redaktion und Gestaltung
Marcus Mohr

Stand
29. September 2016 (*aktualisierte Fassung der Fassung vom 22. September 2016*)

Bildnachweise
Cover: UNHCR; Seite 4: Oxfam East Africa/CC BY 2.0; Seite 5: GIZ/Dirk Ostermeier;
Seite 8: strassenstriche.net/flickr/CC BY-NC 2.0; Seite 9: Andrea Kolodziej/CC BY-
NC 2.0; Seite 21: Christiaan Triebert/ CC BY-NC 2.0

Druck
WirmachenDruck.de

Kontakt
Telefon 030 40046 306
Telefax 030 40046 421
E-Mail dfs@baks.bund.de

www.dfs.bund.de